

Bezugs-Preis
In der Hauptstadt oder deren Umgebungen abgeholt: vierteljährlich 4.50, bei postamtlicher Abholung 5.00, bei postamtlicher Abholung für Deutschland 5.75. Durch die Post bezogen für Deutschland 6.00, für Österreich 6.50, für die übrigen Länder laut Preisangabe.
Redaktion und Expedition:
Postamtstraße 8.
Telefon 155 und 152.
Verlagsanstalten:
Walter Faber, Buchhändler, Untermarktstr. 2, 2. Etage, Leipzig.
Haupt-Filiale Dresden:
Marktplatz 84.
Telefon Amt I Nr. 1718.
Haupt-Filiale Berlin:
Carl Damm, Verlag, Postamtstr. 10.
Telefon Amt VI Nr. 6808.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
Die 6 Spaltenzeitung 25 A.
Reklamen unter dem Redaktionstitel (6 Spalten) 75 A. vor dem Familiennachrichten (6 Spalten) 80 A.
Tabelle und Illustration entsprechend höher. — Gebühren für Nachdruckungen und Offensivanzeigen 25 A. (excl. Porto).
Extra-Beilagen (geliefert nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbefreiung 4 00, mit Postbefreiung 4 70).
Annahmefrist für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Donnerstags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Mittwags 4 Uhr.
Anzeigen sind erst an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Volz in Leipzig.

Nr. 310. Sonntag den 21. Juni 1903. 97. Jahrgang.

Aus der Woche.

In den Augen der großen Entscheidung ist es, sich vor Optimismus wie vor Pessimismus in gleicher Weise zu hüten. Unangenehme Symptome dürfen wir nicht auf die leichte Achsel nehmen. Wir sollen aber auch nicht lebendig Schatten sehen, wo immerhin ein wenig Licht vorzunehmen ist. Nur wenn wir auf der Höhe kultivierter und nichtsterblicher Erziehung bleiben, haben wir Aussicht, Siege zu erringen, wo der Gegner sich zwar stark gezeigt, die Reiben des Bürgerturns aber nicht bezwungen hat. Wir dürfen die Reichstagswahl nicht als ein bescheidenes, als wenn schon alles erledigt wäre. Wir müssen die politische Betrachtung fruchtbar machen für das, was noch zu leisten ist. Und das ist, wie wir alle wissen, sehr viel, denn auch für uns Sachsen nur fünf Wahlkreise überhaupt noch zu retten sind. Aber darunter ist unser Leipzig, dessen glänzende Wahlgeschichte wir das letzte Mal an unserem Auge haben vorbeiziehen lassen, nicht um zu prahlen, sondern um zu erkennen, um welche hohen Preise zu kämpfen sei. Selbst Leipzig-Stadt ist wahr ein sozialdemokratischer Sieg, — heißt es in dem ersten Symptom des „Vorwärts“ über die Wahlen. Dieses Wort, „Selbst“ zeigt uns, für eine wie feste Stellung auch von unseren Feinden Leipzig gehalten wird. Sollte das nicht das gesamte Bürgerturn ausfüllen wie ein Mann, um den Sieg, den die Genossen schon in solcher Nähe wägen, an die Hände von Vaterlandsliebe und Fortschritt gekettet zu halten? Es ist natürlich nicht ohne Gefahr, ob Sachsen nur Sozialdemokraten in den Reichstag entsendet und ob die Hälfte wirtschaftlichen und sein-geistigen Schaffens, das so ganz besonders gereizte nationale Empfinden der Leipziger Bevölkerung im Reichshaus nicht mehr zur Geltung gebracht werden soll. Vergessen wir aber auch nicht, daß so dem Gesamtresultat jedes einzelnen Wahlergebnis beiträgt, daß sehr viel darauf ankommt, ob die Sozialdemokraten einige Mandate mehr oder weniger erringen.

Einigen die Kommentare der Zeitungen darin überein, daß die Sozialdemokraten einen enormen Erfolg, das extreme Spektrierturn und der freieren Niederlagen erlitten haben, so werden Ursachen und Konsequenzen dieser Erscheinung doch sehr verschieden gesehrt. Was mit einer Kuriosität anzufangen so erblickt der Pariser „Gaulois“ in dem Anwachsen des Sozialismus, des französischen wie des deutschen, ein nachwärtiges Wertbewußtsein, der das Gift der Revolution verbreitet habe, indem er Frankreich zur Republik zwang und der Welt eine unermeßliche Wasserflut auflegte. Ueber solche Albernheiten ist ja kein Wort zu verlieren! Aber auch die in sozialdemokratischen und in freisinnigen Blättern des Inlandes wie des Auslandes gegebene Deutung, als sei das Wahlergebnis ein Protest gegen den „Brotwacker“, mit anderen Worten gegen den Militarismus, das keine Begründung. Die Niederlage der Antivirtuosen beweist, daß für die extremen Forderungen die öffentliche Meinung nicht zu haben ist. Der Preis hat seinen Erfolg in der Weise zu entscheiden, daß die grundsätzliche Verjagung des Militarismus für die nationale Produktion bei den bürgerlichen Wählern keinen Rückschlag findet. Aber die Sozialdemokratie! Der Einbruch trägt den Schein der Berechtigung, wenn man den Brotwacker-Gesetz gebietet, mit dem alle sozialdemokratischen Politiker und Publizisten ihrer Befreiung seit Jahren in Unruhe halten. Aber wann wäre der Sozialdemokrat jemals für höhere Aufgaben, wenn sie direkt oder indirekt, zu haben gewesen? Ein solcher Wähler entscheidet sich überall und immer für denjenigen Kandidaten, von dessen Wirken er die größte Schwere seines Geldbeutels erwartet. Dieses Anschließen der Sozialdemokratie erklärt sich aber noch, von dem allgemeinen Vorurteil radikaler Parteien bei den breiten Massen abgesehen, aus einer nicht zu leugnenden Unzufriedenheit mit dem Geist, in welchem heute regiert wird. Die Zentrumskräfte verweisen auf das Anwachsen der ultramontanen Stimmung mit der Behauptung, nur ihre Partei bilde einen Damm gegen die Sozialdemokratie. Nein, je stärker das Zentrum und sein Einfluß werden, um so mehr wächst die Unzufriedenheit und mit ihr die Zahl der Sozialdemokraten-Mitglieder. Nur tritt das nicht dort zu Tage, wo, wie in Bayern, Württemberg oder am Rheine der schwarze Rod herrscht und der Pfarrer ein ebenso wirkungsvoller Agitator ist, wie in den Industriestädten der Sozialdemokrat. Die ultramontane Behauptung wäre erst dann acceptabel, wenn mit dem steigenden Einfluß des Zentrums die Sozialdemokratie zurückgegangen wäre. So aber sehen wir, daß, seitdem Zentrum „Trumpf“ ist, die Sozialdemokraten an Wählerstimmen wie an Mandaten immer und immer zugenommen haben. Leider läßt sich das Zentrum ja sogar unmittelbare Förderung der roten Partei zu schulden kommen, indem es jetzt für Wahlen, wie für Preußen, Karlsruhe und Mannheim zur Stichwahl Stimmenthaltung empfiehlt und damit zur Sicherung des sozialdemokratischen Sieges tut. Wie von dieser Panacee gegen die sozialdemokratische Gefahr kann mit

Recht nicht die Rede sein! Der Ernst der Befürchtung über ihre gewaltige Zunahme kann nur dadurch gemildert werden, daß wir auch an diesem Reichstagswahlkampf schon den Wurm nagen sehen, der seinen Wuchstum der einseitigen Partei bringt. Es ist die maßlose Selbstüberhebung, die Unfähigkeit zu moralischem Gleichgewicht im Erfolg, die der Sozialdemokratie die Lust nimmt, jemals die regierende Partei zu werden. Zum Wahlsieger zeigt sich der Kandidat, wenn ein Politiker des „Vorwärts“ ausruft: „So ungefähr müßten im alten Rom die Heidenpriester es nicht haben begreifen können, daß selbst die anständigsten Menschen Christen wurden. Die leuchtende Kraft des Sozialismus ist die Lösung des Rätsels. Sozialdemokraten sind nicht nur die anständigsten Menschen, sondern sie sind die besten und edelsten Kräfte des Volkes, der wahre Adel der Nation, die einzige Partei, die Kraft, Energie, Bildung, Einsicht und Idealismus besitzt. Die Sozialdemokratie ist das Volk in seinem höchsten und reinsten Sinn, alle guten Geister der Zeit leben in ihr.“

Der Geist, der aus solchen Worten spricht, kann zwar das Volk aufwachen, er kann sich Mandate erkämpfen, aber er muß zu nichts werden bei der ersten Probe auf die Regierungsfähigkeit, da es auf Erden kein Volk gibt, das die Tyrannei des Radikalismus auf längere Zeit sich gefallen läßt. Noch hat ja der wirkliche Entscheidungskampf zwischen Bürgerturn und Sozialdemokraten garnicht begonnen. Die große Zahl der unentschiedenen Wahlen beweist, daß auch dieses Mal die Parole „Gemeinsame Front gegen die Sozialdemokratie“, von einigen wenigen Stimmen abgesehen, garnicht gegolten hat. Wenn diese Stunde einmal schlägt, dann wird es mit den sozialdemokratischen Wählergruppen anders sein. Und sie wird schlagen. Jedes Vorkommnis bringt uns näher. Nur die Verantwortlichkeit des Bürgerturns hindert, daß die Größe der Gefahr und damit die Notwendigkeit der Gegenwehr erkannt wird, bevor sie uns unmittelbar auf den Leib gerückt ist.

Es kann die Gelegenheit nicht finden, wenn so viele Blätter jetzt, um den Horn über den sozialdemokratischen Erfolg zu verbergen, erklären, an den Verhältnissen im Reichstag und in der Regierung werde das Anwachsen der Sozialdemokratie nichts ändern. Und wenn nur die eine Folge sich ergibt, daß der Terrorismus in allgemeinen Debatten mit Dummheiten im Verhältnis des Stimmens und Mandatwachses sich vergrößert, so haben wir schon eine weitere Bähmung des ohnehin so tief gesunkenen Parlamentarismus. War denn nicht schon die Normalität, mit der die Justiz-Gesetze zur Erledigung gebracht wurden, eine Folge der Stärke, zu der die Sozialdemokratie im Jahre 1898 gebracht hatte? Würde es etwa die Verdrängung der Genossen im Reichstags nicht erheblich dämpfen, wenn sie bei den Wahlen auch nur eines Sieg verloren hätten? Die Abstimmungen werden ja — aber auch nur, wenn die Vertreter der anderen Parteien mit der Absicht brechen! — noch kein Unheil anrichten, falls wirklich die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten auf 80 steigen sollte. Es wäre aber trübseliger Nachsinn, mit dieser Erwägung sich beruhigen zu wollen. Darum gilt schon jetzt die Pflicht, harter zu denken, den Kampf anzunehmen mit Lieberwinigung von Stumpf, Nörgelerei und Gleichgültigkeit. Zu guter Zeit wird gerade jetzt erinnert an folgendes Wort aus Gottfried Keller's Tagelöhner: „Wie einem Leben, der nicht sein Schicksal an denjenigen der öffentlichen Gemeinschaft bindet! Denn er wird nicht nur keine Ruhe finden, sondern dazu noch allen inneren Halt verlieren und der Mächtigen des Volkes preisgegeben sein, wie ein Laubblatt, das am Wege liegt. Der große Haufe der Gleichgültigen und Loslosen muß aufgegeben und moralisch vernichtet werden; denn auf ihm ruht der Sturz der Entwürgen und Verwirrungen, welche durch lächerliche Widersprüche entstehen. Wer nicht für uns ist, der ist wider uns! Nur nehme er teil an der Arbeit, auf daß die Entscheidung beschleunigt werde!“

Deutsches Reich.

+ Berlin, 20. Juni. (Entscheidung.) Der Donnerstag Professor der Ökonomie Dr. Kruse veröffentlicht im neuesten Heft der „Zeitschrift für Sozialwissenschaft“ eine sehr beachtenswerte Untersuchung über das oft erwähnte Thema der Entartung der Kultur. Kruse geht nicht zu den Anhänger des Dogmas von der geistigen und körperlichen Überlegenheit der Naturmenschen über den Kulturmenschen. Die übliche Berufung auf die Germanen des Tacitus ist ganz unzulässig, da die geschichtlichen Quellen und die naturwissenschaftlichen Dokumente aber sie viel zu dürftig seien, als daß man einigermaßen sichere Schlüsse darauf ziehen könne. Wahrscheinlich sei der Durchschnittsgermane von damals dem heutigen deutschen Mannes der Weiblichkeit der Körperkräfte überlegen gewesen, daraus sei aber noch nicht auf besseren Körperbau, größere Leistungsfähigkeit und Gesundheit zu schließen. Im Hinblick der Witterung, körperliche Überanforderung bei sonst unregelmäßiger Tätigkeit, schlechte Wohnungen, mangelhafte Ernährung seien Faktoren, die auch die

Widerstandsfähigkeit der Naturmenschen untergraben hätten. Daneben seien Schädigungen des Nervensystems durch übermäßigen Alkoholgenuss und durch die Kämpfe von Spiel und Kampf den alten Germanen gleichfalls nicht fremd geblieben. Ihre wesentlichen Masseneigenschaften hätten sich heute unverändert erhalten zu sein. Ebenso geteilt sei diese Auffassung auch es manchem vorkommen, daß Kruse auch gewisse an Darwin anknüpfende Spekulationen, die für die Degeneration sprechen sollen, nicht gelten läßt. In dieser Beziehung wird bekanntlich behauptet, die Zivilisation habe die Tendenz, die Masse zu verschlechtern, indem sie die natürliche Auslese im Kampf ums Dasein, die in der übrigen organischen Welt das Lieberleben des Fittesten herbeiführt, beschränke — durch Vererbung der Schwachen, durch Fürsorge für Arme und Gebrechliche, durch erhöhte Fruchtbarkeit, durch Verbesserung der Wohnung, Kleidung und Ernährung usw. den schwächlichen Elementen der Gesellschaft die Erhaltung und Fortpflanzung ermögliche. — und durch eine Art sozialer Auslese gerade die besseren Elemente des Volkes androht. Solche Anschauungen beruhen auf einer doppelten Voraussetzung. Erstens müßten die Fehler, in deren Verbreitung die Natur auszuwählen zu erwidern ist, vererbbar sein, und zweitens müßte die natürliche Auslese die Fähigkeit haben, die mit jenen Fehlern behafteten Individuen im Kampf ums Dasein auszumerken. Die erste Voraussetzung sei nur für einen kleinen Bruchteil der Fälle gültig, die zweite sei fraglich; der ganze Gedankengang leide an Folgerungen, deren Irrigkeit nachweisbar sei. Wenn der Wegfall der natürlichen Auslese zur Degeneration der Art führe, müßte das Bestehen der Auslese den entgegengesetzten Vorgang, den ewigen Fortschritt, bedingen. Statt dessen finde man innerhalb der Beobachtungsperiode, mit denen man rechnen könne, überall Verfallsstadien der Art. Ferner lehre die Völkergeschichte, daß diejenigen Menschentypen, die am wenigsten unter dem Einfluß der Kultur zu leiden haben, also offenbar der natürlichen Auslese noch am meisten unterworfen sein sollten, durchaus nicht die vollkommensten Vertreter der menschlichen Art seien; man denke an Bushmänner, Hottentotten, Australier und Neger. In Bezug auf die einzelnen Bedingungen, welche die natürliche Auslese bedingen lassen, führt Kruse dann aus, daß a. die Vererbung der Schwachen keineswegs ausschließlich über zum größten Teile den minderwertigen Elementen der Gesellschaft zu gute komme. In einem anderen Abschnitt weist Kruse auf Grund der Erblichkeitslehre die Abnahme der Fruchtbarkeit nach, im Gegensatz zum „Rassenhygieniker“, dem die hohe Säuglingssterblichkeit nur ein extremes Zeichen dafür ist, daß die natürliche Auslese in Kraft bestehe und durch sie die schwächsten Kinder abgemergelt werden, betrachtet Kruse eine höhere Säuglingssterblichkeit, wie sie in Preußen besteht, als einen Mißstand. Kruse wurde in dieser Ansicht durch das Studium der französischen Reformationsgeschichte bestätigt. Er vertritt die Säuglingssterblichkeit in Frankreich in den Jahren 1840 bis 1840 mit den Ausdehnungsergebnissen der Jahre 1890 bis 1890 und fand, daß von einer Auslesewirkung der Säuglingssterblichkeit nichts zu spüren war: wo die Säuglingssterblichkeit hohe Differenz aufwies, war die junge Mannschaft durchaus nicht fruchtbarer und freier von körperlichen Mängeln als im entgegengesetzten Falle. Infolgedessen tritt Kruse warm für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit ein und empfiehlt dabei das in Schweden erprobte Mittel, die künstliche Ernährung der Säuglinge durch die natürliche zu ersetzen.

△ Berlin, 20. Juni. (Mitte als Heilmittel im Sinne des Krankenversicherungs-Gesetzes.) Aus den Jahresberichten der deutschen Krankenkassen ergibt sich, wie bei diesen die Mißgewährung immer mehr in Aufnahme kommt. Es ist noch freilich, wie weit Krankenkassen Mißbrauch dürfen. Die Verantwortung dieser Frage hängt davon ab, ob Mißbrauch im Sinne des § 8 Abs. 1 des Krankenversicherungs-Gesetzes als „Kraus“ oder als „Delikt“ zu betrachten ist. Da beide Begriffe eine gewisse Definition nicht gefunden haben, ist man auf die ergänzende Rechtsprechung angewiesen. Daraus ergibt sich nichts, was für die Einwirkung der Mißbrauch unter dem Begriff „Kraus“ spräche. Dagegen spricht sich eine Entscheidung des Bundesrates für das Gehaltene und ein badischer Ministerialerlaß aus. Die letztere erkennt der Mißbrauch aus dem Charakter des „Delikt“ im Sinne des Krankenversicherungs-Gesetzes als Mißbrauch an, daß sie „arglistig“ verordnet wird, bezeichnet sie aber als ein „Störungsmittel“. Der badische Erlass bezeichnet sie ebenfalls als Störungsmittel; aber als „einfaches“, das unter die Heilmittel fallen kann. Der Kommissionsbericht aus dem Jahre 1898, der heute noch maßgebend ist, da die Stovelle hinsichtlich des Begriffs Heilmittel eine Abänderung nicht gebracht hat, weiß, wie in der „Arbeitsverfassung“, „Entzerrungen für das gesamte Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungs-Gesetz, hervorgehoben wird, darauf hin, daß „unter dem zum Zwecke der freien Kur zu genutzenden Leistungen außer der freien ärztlichen Behandlung und freier Arznei auch solche Leistungen mit aufgeführt sind, welche mit der Krankenbehandlung in unmittelbarem Zusammenhang stehen und zur Erzielung des Erfolges der Kur notwendig sind“. Dies trifft bei der Mißbrauch zu, und so ist es doch jure als „einfaches Heilmittel“ zweifellos anzusehen. Man darf vielleicht denen zustimmen, welche meinen, wo es sich in der größeren Mehrzahl der Fälle um abgearbeitete und durch Unterernährung geschwächte Personen handelt, denen gerade auch im finanziellen Interesse so schnell wie möglich die frühere Arbeits- und Erwerbsfähigkeit zurückgegeben werden soll, geht es, die darmliegenden Kräfte zu heben und zu beleben, wozu die Mißbrauch ihrem hohen Nährwert nicht nur das geeignete, sondern auch das allernützlichste Mittel darstellt. Der derzeitige Mißbrauch der Krankenkassen ist bereits als erheblich zu bezeichnen. In

Jahre 1901 haben a. B. vier größere Krankenkassen, nämlich die Krankenkasse in Dresden, die Allgemeine Krankenkasse in Frankfurt a. M., die Krankenkasse der Kaufleute und die Allgemeine Krankenkasse zu Berlin bei einer Mitgliederzahl von rund 250 000 allein rund 400 000 Liter an Alkohol abgeben, so daß mit 150 Liter auf den Kopf des Mitgliedes pro Jahr kommen. Man wird deshalb nicht sehr gehen, wenn man den derzeitigen Alkoholkonsum der Krankenkassen bei einer Gesamtmitgliederzahl von annähernd 10 Millionen pro Jahr auf mindestens rund 8 Millionen Liter ansetzt. Eine weitere Steigerung steht zu erwarten, wenn eine nicht geringe Zahl von Krankenkassen und Kassenzweigen ihre Mißgewährung gegenüber festgehaltenen, mehr abwartende Stellung annehme.

* Berlin, 20. Juni. (Wirkung der Gleichstellung der höheren Schulen in Preußen.) Ueber die Wirkungen, die die Gleichstellung der Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen in Preußen für die Berechtigung zu Unversitätsstudien ausgeübt hat, gibt eine Zusammenstellung Kuffisch, die H. Kilmann in Berlin im neuesten Heft der „Zeitschrift für Mathematik und Naturwissenschaften“ veröffentlicht. Im November vorigen Jahres ist eine Erhebung über die Reifeergebnisse der Studierenden der preussischen Unversitäten veranstaltet worden. Dabei sind Kandidaten und solche Studierende, die nicht auf Grund des Reifeergebnisses einer Volltaun immatrikuliert waren, unberücksichtigt gelassen. Die Zusammenstellung der Ergebnisse dieser Erhebung gibt folgendes Bild:

Zur Zeit der Umfrage waren in den juristischen Fakultäten der preussischen Unversitäten immatrikuliert 5595 Studierende, von denen 159 das Reifeergebnis eines Realgymnasiums und 23 das einer Oberrealschule hatten. Bemerkenswert sind auch die Zusammenstellungen über die Teilnahme an den im wesentlichen für Realabituirierten geschaffenen Kursen zur sprachlichen Einführung in die Quellen des römischen Rechts, die im B.-E. 1902/03 an den preussischen Unversitäten Berlin, Bonn, Breslau, Göttingen, Marburg, Münster veranstaltet wurden. Von den 86 Teilnehmern (81 Juristen, 4 Staatswissenschaftler) dieser Kurse hatten 63 das Reifeergebnis eines Realgymnasiums und 7 das einer Oberrealschule, die übrigen 15 waren Gymnasial-Abituirierten. Von den Teilnehmern waren die Mehrzahl, nämlich 78, Preußen. Neben den Kaiserlichen finden wir, was bekannt, auch Anfängerkurse im Griechischen Latein und zwar außer für Studierende der juristischen auch für solche der medizinischen und der philosophischen Fakultät. Diese Kurse werden abgehalten in Berlin, Göttingen, Gießen, Halle, Königsberg, Münster, während sie in Breslau und Bonn nicht aufzuheben kamen. Von den 86 Teilnehmern waren 50 Juristen. Sehr auffallend ist es, daß nur ein einziger Mediziner sich beteiligte. Wie viel von den 80 Juristen etwa das Ergebnis einer Oberrealschule hatten, ist aus der Statistik nicht ersichtlich. Diese gibt nur an, daß von 86 Teilnehmern an den Kursen 16 das Ergebnis einer Oberrealschule, 2 das einer Realschule, 1 das Ergebnis der theologischen Schule in St. Petersburg hatten; die übrigen 67 waren Realgymnasial-Abituirierten. Von den nach Wegzug der Juristen und Mediziner noch übrigen 65 Teilnehmern an den Kursen studierten 8 klassische Philologie, 19 neuere Philologie, 8 Deutsch, 2 Geschichte, 4 Mathematik und Naturwissenschaften, 2 Staatswissenschaften, 4 sonstige Fächer. Die Beteiligung der Realgymnasial-Abituirierten an medizinischen Studium überhaupt war ebenfalls nur gering. Von den 2418 Medizinern, die in Preußen im Winter-Semester 1902—1903 immatrikuliert waren, fallen auf das Realgymnasium nur 88. Noch niedriger ist der Prozentsatz, den das Realgymnasium zu den 1129 Studierenden der klassischen Philologie beisteuert, nämlich nur 20; Abituirierten einer Oberrealschule waren gar nur 6 immatrikuliert. Hinsichtlich endlich studierten 207 Gymnasial- und 14 Realgymnasial-Abituirierten und Mathematik und Naturwissenschaften 1843, mit dem Reifeergebnis eines Gymnasiums 6, 545 mit dem eines Realgymnasiums und 245 mit dem einer Oberrealschule.

Im ganzen scheint diese Uebersicht die Ansicht zu bestätigen, daß für die in Betracht kommenden Studienfächer nach wie vor das Gymnasium als die geeignetste Vorbildungsbahn anzusehen sei.

B. Berlin, 20. Juni. (Privattelegramm.) Der Führer der Freisinnigen Vereinigung Dr. Barth schreibt in der „Nation“:

Just bedrängt von der Sozialdemokratie auf der einen und den rechtlosen Parteien auf der anderen Seite, hat der Freisinn sich trotz der größten Hoffnungen um unter Verlassen in diese Richtung behaupten können. Aber seine Bedeutung als Damm gegen die Reaktion ist heute größer als je zuvor. Wenn er in der Schicksalsprobe, die uns bevorsteht, den liberalen Grundbesitz ohne Heulen die Zerstörung, seine politische Befreiung bewahrt und allen rechtlosen Verlogenheiten gegenüber standhaft bleibt, so wird er in den bevorstehenden politischen Kämpfen, trotz aller namenhaften Schwäche, vielleicht eine entscheidende Rolle zu spielen haben. Von seiner Haltung wird es wahrscheinlich abhängen, ob die Reaktion es riskieren werden, zu einem Generalsturm gegen die Sozialdemokratie anzusetzen. Da ein solcher rechtloser Generalsturm der Gefahr einer sehr starken inneren Krisis sein würde, so ist die politische Verantwortung des rechtlosen Liberalismus nicht gering zu veranschlagen. Der Freisinn, der sich im Kampf gegen die Reaktion nicht bewährt, hat keinen Bestand. Das wird man sich auch angesichts der bevorstehenden Stichwahlen zu vergegenwärtigen haben. Der Hauptstich wird nach dem 16. Juni rechtlich, wie er vor dem 16. Juni rechtlich stand. Die Gefahr rechtloser Kandidaturen ist aber heute größer als je zuvor. Man kann sie nicht dadurch bannen, daß man die Zahl der Mandate der rechtlosen Parteien vermindert hält, sondern nur dadurch, daß